

Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

Herausgegeben von

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Generalstaatsanwalt

und

Thomas Janovsky

Leitender Oberstaatsanwalt

2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C. H. Beck München 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIII

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland

(Dannecker)

A. Einführung	13
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	15
I. Klassische Definition <i>Sutherlands</i> und ihre Fortentwicklung	16
II. Strafprozessual-kriminaltaktisch orientierte Begriffsbildung des § 74 c GVG	17
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit der Wirtschaftskriminalität und dem Rechtsgüterschutz	17
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	18
I. Struktur der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	19
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	19
1. Schadenshöhe der registrierten Kriminalität	19
2. Schadensschätzungen	20
3. Schäden durch Sog- und Spiralwirkung und durch Begleitkriminalität	21
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil des Wirtschaftsstraftäters	22
IV. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten ..	23
1. Zur Bedeutung der Anonymität von Wirtschaftsdelikten für die Aufdeckung und Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten	23
2. Aufklärungsquote bei Wirtschaftsdelikten	23
3. Spezifische Aufklärungsprobleme bei Wirtschaftsdelikten	24
V. Auswirkungen spezieller Regelungen des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	25
1. Regelungen des Allgemeinen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	25
2. Regelungen des Besonderen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	30
VI. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	30
1. Empirische Untersuchungen	30
2. Absprachen über strafrechtliche Entscheidungen	31
VII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	32
D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	34
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945 ..	34
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	35
III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts ..	36
1. Entkriminalisierung des Strafrechts durch Umwandlung in Ordnungswidrigkeiten	36
2. Ausweitung des Anwendungsbereichs des Ordnungswidrigkeitenrechts ..	37
3. Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	37

Inhalt

4. Allgemeiner Teil des Ordnungswidrigkeitenrechts	38
5. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	38
6. Verfahrensrecht	40
7. Einführung von Sanktionen gegen Verbände	40
IV. Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	42
1. Änderungen des materiellen Wirtschaftsstrafrechts – Überblick über die Reformgesetze	42
2. Reformen im Bereich der strafrechtlichen Sanktionen	76
3. Änderungen des Strafprozessrechts	92
E. Offene Grundsatzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschafts- strafrechts	94
I. Grundsatzfragen im Bereich der Wirtschaftskriminalität	94
II. Grundsatzfragen im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts	94
1. Fragen aus der Rechtspraxis	94
2. Bei der zukünftigen Ausgestaltung des Strafrechts zu berücksichtigende Punkte	99

2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts

(Dannecker)

Einführung	119
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Verwaltungsstrafrechts	120
I. Entwicklung der europäischen Einigung von der Gründung der EGKS bis hin zum Vertrag von Nizza	120
1. Gründungsverträge	120
2. Einheitliche Europäische Akte	120
3. Maastrichter Vertrag	120
4. Amsterdamer Vertrag	121
5. Vertrag von Nizza und Charta der Grundrechte	121
6. Konvent zur Zukunft der Europäischen Union	123
7. Entstehung einer einheitlichen Rechtsordnung	123
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten in einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	124
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union	124
1. Assoziierung und Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Malta, Zyperns und der Türkei	124
2. Partnerschaft- und Zusammenarbeitsabkommen mit weiteren Staaten	125
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	126
1. Entstehung eines kriminalpolitischen Raumes	126
2. Kriminalitätslage	126
3. Ausgleichsmaßnahmen für den Verzicht auf Grenzkontrollen	126
4. Notwendigkeit einer Annäherung der nationalen Strafrechtsord- nungen	127
V. Überblick über die gegenwärtige Bedeutung des Europarechts für das Straf- und Sanktionenrecht	128
1. Begriff des Europarechts	128
2. Einfluss des Europarechts im weiteren Sinne auf das Straf- und Sanktionenrecht	128
3. Einfluss des Europarechts im engeren Sinne auf das Straf- und Sanktionenrecht	132
B. Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	144

I. Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	145
1. Rechtsetzung im vergemeinschafteten Bereich	145
2. Rechtsetzung im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit	148
3. Kompetenzen zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der EG (Art. 280 [ex-Art. 209 a] EGV)	149
II. Bußgeldkompetenz der Europäischen Gemeinschaft aufgrund primärrechtlicher Regelungen	150
1. Europäisches Kartellrecht	151
2. Die vom Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz zu verhängenden Geldbußen	152
3. Weitergehende Bußgeldkompetenzen	153
III. Kompetenz zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver Verwaltungsanktionen	153
1. Strafbzuschläge und Kautionsverfall	154
2. Subventionskürzungen, Abzüge und Subventionssperren	155
3. Allgemeiner Teil für ein Europäisches Verwaltungsanktionenrecht	155
IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des Gemeinschaftsrechts	156
1. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Sanktionsnormen	156
2. Inhalt der Richtlinien und Verordnungen, die zum Erlass von Strafnormen verpflichten	158
V. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Strafrechtsordnungen (Assimilierungsprinzip)	170
1. Verweisungsnormen im primären Gemeinschaftsrecht	171
2. Verweisungsnormen im sekundären Gemeinschaftsrecht	171
3. Ausdehnung des Schutzes nationaler Vorschriften auf Gemeinschaftsrechtsgüter	171
VI. Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts	172
1. Harmonisierende Wirkung des Anwendungsvorrangs des Gemeinschaftsrechts	172
2. Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Straf- und Bußgeldrecht	174
3. Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Strafverfahrensrecht	176
VII. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	177
1. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des gesamten nationalen Rechts	177
2. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des nationalen Strafrechts	177
VIII. Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze	185
1. Naturschutzstrafrecht	185
2. Weinstrafrecht	186
3. Lebensmittelstrafrecht	187
4. Marken- und Patentstrafrecht	188
5. Strafrechtlicher Schutz der betriebsverfassungsrechtlichen Organe und ihrer Mitglieder und Geheimnisschutz	189
C. Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft	189
I. Der EG-Haushalt als Angriffsobjekt	190
1. Finanzielle Interessen der EG	190
2. Funktionsweise des Agrarmarkts und der Strukturfonds	191

Inhalt

3. Allgemeine Erscheinungsformen von Wirtschaftskriminalität zu Lasten des EG-Haushalts	193
II. Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften	196
1. Schutz der Gemeinschaftseinnahmen	196
2. Schutz der Gemeinschaftsausgaben	197
3. Zuständigkeit für die Verfolgung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des EG-Haushalts	199
III. Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften durch Verwaltungssanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission	204
1. Verordnung Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	205
2. Verordnung Nr. 2185/96 des Rates vom 11. 11. 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten	205
D. Europäische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU – Bedeutung der „dritten Säule“	206
I. Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen der Konsultationsgruppen TREVI	207
1. Arbeitsgruppen TREVI	207
2. Bedeutung der Arbeitsgruppen TREVI für die intergouvernementale Zusammenarbeit	208
II. Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	208
1. Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen	208
2. Durchführungsübereinkommen zum Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 14. 6. 1986 (SDÜ)	209
III. Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und Justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen	210
1. Einbindung der Kriminalitätsbekämpfung in die „dritte Säule“	210
2. Europol	211
3. Europäisches justitielles Netz	213
4. EUROJUST	214
E. Beteiligung des EuGH bei der Anwendung des europarechtlich determinierten Straf- und Strafverfahrensrechts	215
I. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des supranationalen Gemeinschaftsrechts	215
1. Einbeziehung des EuGH in das nationale Strafverfahren im Wege der Vorabentscheidung	215
2. Vorlageberechtigung und -verpflichtung der Gerichte eines Mitgliedstaates	216
3. Vorabentscheidungsverfahren im Haupt-, Zwischen- und Ermittlungsverfahren	218
4. Überprüfung der Entscheidung über die Vorlage	219
II. Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	220
1. Einbeziehung des EuGH in das nationale Strafverfahren im Wege der Vorabentscheidung	220
2. Vorabentscheidungsverfahren im Haupt-, Zwischen- und Ermittlungsverfahren	221
3. Verfahren und Entscheidung	222
4. Überprüfung der Entscheidung über die Vorlage	222
F. Ausblick	222

I. Bereichsspezifische Harmonisierung des Strafrechts und Einführung gemeinschaftsrechtlicher Geldbußen	223
1. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Wirtschaftsstrafrechts	223
2. Angleichung des Wirtschaftsstrafrechts	224
3. Angleichung des Umweltstrafrechts	224
4. Einführung gemeinschaftsrechtlicher Geldbußen im Zuständigkeitsbereich der Kommission	225
II. Strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	225
1. Konzept für eine Gesamtstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften	225
2. Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union	227
3. Grünbuch zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	230
III. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Europäischen Wirtschaftsstrafrechts	232
IV. Europäisches Modellstrafgesetz	233
V. Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen unter Berücksichtigung der Vorgaben internationaler Organisationen	234
VI. Konvent zur Zukunft der Europäischen Union	235

**3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht
– Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten –
(Möhrenschlager)**

I. Einleitung	238
II. Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche Strafrecht	239
1. Wirtschaftsstraftaten, auf die „allgemeine“ Straftatbestände anwendbar sind	239
2. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter durch „autonome“ Entscheidung des Gesetzgebers	244
3. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge	249
III. Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen Wirtschaftsstraftaten nach dem internationalen Strafanwendungsrecht	255
1. Reichweite des Territorialitätsprinzips	255
2. Aktives und passives Nationalitätsprinzip – Schutzprinzip	261
3. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	263
4. Universalitätsprinzip	263

**4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts
(Raum)**

A. Zurechnung strafrechtlicher Pflichten	268
I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen	268
1. Straftaten mit personalem Einschlag	269
2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwahrstellung beziehen	269
3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	270

Inhalt

4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	274
II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen	275
1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung	276
2. Fehlende Befassung des Gesamtoorgans	277
3. Delegation an Mitarbeiter	279
4. Vorsatzanforderungen	279
5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten	280
6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien	281
III. Begehensformen bei strafbarem Handeln in Unternehmensstrukturen	283
1. Organisationsdelikte	283
2. Beteiligung bei Sonderdelikten	286
IV. Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen	287
1. Interne Pflichten	287
2. Pflichten gegenüber dem Staat	292
B. Strafzumessung in Wirtschaftsstrafsachen	295
I. Schadensumfang	295
1. Schätzung	297
2. Schadenskausalität	297
3. Schadensbewertung	298
4. Kompensationsverbot und Schuldumfang	301
5. Umsatzsteuerkarusselle	302
6. Sonderprobleme der Bestimmung des Schuldumfangs bei Betrug und Untreue	303
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	305
III. Täter-Opfer-Ausgleich	305
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftsstraftätern	306

5. Kapitel. Geldwäsche und Organisierte Wirtschaftskriminalität

(Reich)

I. Die Geldwäsche	309
1. Der Tatbestand nach § 261 StGB	309
2. Das Geldwäschegesetz	313
3. Formen der Geldwäsche	315
4. Die Pflichten nach dem GwG	317
5. Der Ablauf des Clearingverfahrens	322
6. Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis	327
II. Organisierte Wirtschaftskriminalität	330
1. Einleitung	330
2. Anlagevermittlung	330
3. Verkauf von Diamanten	332
4. Anlagebetrug	333
5. Kompensationsbetrug	334
6. Rip-Deal	334
7. Wash, wash	335
8. Fazit	335

6. Kapitel. Insolvenz – Materiellrechtlicher Teil

(Beck)

A. Einführung	339
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	339
II. Zur Insolvenzordnung	340

1. Reformentwicklung	340
2. Zielsetzung und Schwerpunkte der InsO	340
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	342
1. Allgemeines	342
2. Die Regelinsolvenz	343
3. Der Insolvenzplan	345
4. Verbraucherinsolvenz- und sonstige Kleinverfahren	347
5. Exkurs: Die Eigenverwaltung	352
6. Exkurs: Die Restschuldbefreiung	353
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	355
1. Insolvenzstrafrecht im Spiegel der Statistik	355
2. Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform auf das Strafrecht	357
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	359
B. Insolvenzzrechtliche Grundlagen	360
I. Insolvenzauslöser	360
1. Grundsatz	360
2. Zahlungsunfähigkeit	361
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	365
4. Überschuldung	368
II. Insolvenzantragspflichten	375
1. Grundsatz	375
2. Einzelgesetzliche Normierung	375
3. Folgen der Pflichtverstöße	376
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	376
1. Der Maßnahmenkatalog im Überblick	376
2. Sachverständigengutachten	376
3. Sicherungsmaßnahmen	376
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	377
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	380
1. Abweisung mangels Masse und ihre Folgen	380
2. Eröffnung des Verfahrens	381
3. Bindungswirkung für das Strafrecht	382

7. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil
(Köhler)

A. „Klassisches“ Insolvenzstrafrecht	387
I. Allgemeines	387
1. Vorbemerkung	387
2. Die gesetzlichen Grundlagen	387
3. Täterkreis	389
II. Insolvenzverschleppung	389
1. Allgemeines	389
2. GmbH	392
3. OHG, KG und GmbH & Co. KG	399
4. AG, KGaA und Genossenschaft	403
5. Sonderregelung für Kreditinstitute	405
6. Sonderregelung für Versicherungsunternehmen	407
III. Bankrott	408
1. Allgemeines	408
2. Die einzelnen Tatbestände des § 283 StGB	415
3. Verhältnis zu Untreue; Interessenformel des BGH	425
4. Subjektiver Tatbestand; Versuch	426

Inhalt

5. Besonders schwerer Fall	428
IV. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283 b StGB)	429
V. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	430
1. Gläubigerbegünstigung	430
2. Schuldnerbegünstigung	434
VI. Betrug (Lieferantenbetrug)	437
1. Allgemeines	437
2. Täuschungshandlung	437
3. Irrtum	438
4. Vermögensschaden	439
5. Vollendung	440
6. Täterschaft	440
VII. Untreue	441
1. Allgemeines	441
2. Typische Untreuehandlungen	441
3. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter	442
4. Sonderfragen	443
VIII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt und Sozialabgaben	444
1. Systematik des § 266 a StGB	444
2. Der Arbeitgeber als Verantwortlicher	445
3. Der Sozialversicherungsbeitrag als Tatgegenstand	447
4. Das Vorenthalten als Tathandlung	447
5. Subjektiver Tatbestand	452
6. Strafe und Nebenfolge	453
7. Strafbefreiende Selbstanzeige	454
8. Konkurrenzen	454
9. Notwendiger Inhalt von Anklage und Urteil	455
IX. Sonstige Insolvenzstraftaten i.w.S.	456
1. Falsche Versicherung an Eides Statt	456
2. Unterschlagung	456
3. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug	456
4. Steuerstraftaten	457
B. Strafrechtliche Besonderheiten	458
I. Der faktische Geschäftsführer	458
1. Bestimmung des faktisch Verantwortlichen	458
2. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	461
3. Strafbarkeit wegen Bankrotts	462
4. Untreuehandlungen	462
5. Sonstige Straftaten	463
II. Spezielle kriminelle Machenschaften	463
1. Die geplante und gesteuerte Insolvenz	463
2. Kriminelle Firmensanierer	464
C. Straftaten nach Insolvenzantrag	467
I. Straftaten im Eröffnungsverfahren	467
II. Strafbares Handeln nach Insolvenzeröffnung	468
1. Der Schuldner als Täter	468
2. Der (bisherige) Geschäftsführer als Täter	469
3. Der Insolvenzverwalter als Täter	470
III. Strafbares Handeln nach Ablehnung mangels Masse	474
1. Insolvenzstraftaten i. e. S.	474
2. Insolvenzstraftaten i. w. S.	475
D. Ermittlungen	476
I. Einleitung von Ermittlungen	476

II. Durchführung erster Ermittlungsschritte	477
1. Vorbemerkung	477
2. Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei	477
3. Handelsregisterauskünfte und -akten	477
4. Auskünfte aus dem Gewereregister und Gewerbezentralregister	478
5. Anfragen beim Vollstreckungsgericht	479
6. Gerichtsvollzieherauskünfte	480
7. Auswertung der Akten des Insolvenzgerichts	480
8. Kontaktaufnahme zum Gutachter oder Insolvenzverwalter	484
9. Anfragen bei sonstigen Stellen	485
III. Weitere Ermittlungen	486
1. Durchsuchung, Beschlagnahme und Ähnliches	486
2. Zeugenanhörung und -vernehmung; Umfeldermittlungen	492
3. Auswertung der Unterlagen; Umfang weiterer Ermittlungen	493
E. ABC des „klassischen Verteidigungsvorbringens“	493

8. Kapitel. Straftaten im Bankbereich

(Knerim)

Einführung	503
A. Bank- und Finanzwesen	505
I. Bankengruppen in Deutschland	505
1. Überblick	505
2. Institutsarten und Rechtsgrundlagen	506
3. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem KWG	510
4. Strafprozessuale Folgerungen aus unterschiedlichen Rechtsformen	517
II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	519
1. Grundschemata der Organisation	519
2. Innenrevision der Banken	521
3. Geldwäschebeauftragter	521
4. Verstöße gegen die Organisations-, Aufsichts- und Anzeigepflichten	522
III. Bankexterne Sicherung und Kontrolle	522
1. Prüfverbände der Bankgruppen	522
2. Aufsicht durch das BaFin.	523
3. Schutzverbände für Kreditsicherung	523
B. Geld- und Zahlungsverkehr	524
I. Kassenverkehr	525
1. Bar- und Wertkassen	525
2. Geld-, Edelmetall-, Wertpapier- und Devisengeschäfte	525
3. Umleitung von Schwarzgeld über Kassen- u. CpD-Konten	526
II. Nationaler Zahlungsverkehr und Kontoführung	530
1. Konten und Kontoverfügungen	530
2. Besonderheiten des Lastschriftverfahrens	533
III. Scheck-, Kredit- und Geldkarten	536
1. Bedeutung von Scheck-, Kredit- und Geldkarten	536
2. Strafbare Erlangung von Scheck-, Kredit- und Geldkarten	538
3. Kriminelle Verwendung von Scheck-, Kredit- und Geldkarten	539
4. Strafbarkeit des Karteninhabers	541
5. Strafbarkeit von Nichtberechtigten	542
IV. Internationaler Zahlungsverkehr	544
1. Bedeutung des internationalen Zahlungsverkehrs	544
2. Missbrauch des Auslandszahlungsverkehrs	544
3. Strafrechtliche Beurteilung	546
C. Kreditgeschäfte der Banken	547

Inhalt

I. Allgemeines	547
1. Kreditbegriff, Kreditarten und Kreditrisiko	547
2. Kreditsicherheiten	551
3. Irreführende Kreditanpreisung	552
4. Wucherischer Kredit	553
5. Kreditanzeigen u. Bewilligungsgrenzen	553
II. Manipulationen zur Erlangung eines Kredites	554
1. Der Erstkredit	554
2. Verhalten während der Laufzeit eines Kredites	556
3. Kreditverlängerung oder -erhöhung	557
III. Missbräuchliche Kreditgewährung	557
1. Motivlage von Bankenmitarbeitern	557
2. Kompetenzregelungen für die Kreditvergabe	558
3. Überprüfung der Kompetenzverletzung	559
4. Verschleierungshandlungen	559
5. Wirtschaftliche Verhältnisse und Beleihungsrichtlinien	561
6. Schadensberechnung	564
7. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen	564
IV. Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	565
1. Verhalten der Bank in der Kundenkrise	565
2. Missbräuchliche Ausübung der Bankenmacht	566
V. Wechsel- und Scheckgeschäfte	569
1. Bedeutung von Wechseln im Bankenbereich	569
2. Kriminelle Ausnutzung von Wechselgeschäften	572
3. Notwendige Feststellungen für den Betrugstatbestand	575
4. Bedeutung des Schecks im Bankenbereich	577
5. Strafbare Scheckbegebungen und -einlösungen	578
VI. Besondere Kredite	579
1. Subventionskredit	579
2. Verbraucherkredite	582
VII. Factoringgeschäfte	585
1. Bedeutung	585
2. Missbrauch von Factoringvereinbarungen	587
3. Strafbarkeit	588
D. Weitere Bankgeschäfte	590
I. Wertpapier- und Effektengeschäft	590
II. Einlagengeschäft	591
1. Bedeutung und Arten der Geldeinlagen	591
2. Missbrauch der Geldeinlagen	591
III. Andere Kapitalanlagen	591
E. Strafprozessuale Besonderheiten	592
I. Allgemeines	592
1. Beweismaterialien	592
2. Kein Bankgeheimnis im Strafverfahren	594
3. Postgeheimnis für die Postbank?	595
4. Mitteilungen und Auskünfte des BAFin	595
II. Einzelne Maßnahmen	596
1. Auskunft und Zeugenvernehmung	596
2. Durchsuchung und Beschlagnahme	597
3. Effektive Kontenauswertung	600
4. Entschädigung für Ermittlungsmaßnahmen	601

9. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel

(Benner)

I. Gemeinsame Einführung	609
1. Die historische Entwicklung des Finanzmarkts	609
2. Die Risiken des Anlegers	610
3. Die Finanzmarktförderungsgesetze	611
4. Die Europäische Richtliniengesetzgebung	611
5. Die strafrechtlich geschützten Ebenen	612
II. Der Wertpapiermarkt	613
1. Die Rechtsnatur der Börsen	613
2. Der Primärmarkt	613
3. Der Sekundärmarkt	613
4. Die Struktur der Börsen in Deutschland	613
5. Computerunterstützte Wertpapierhandelssysteme	615
6. Die Überwachung der Börsengeschäfte	617
7. Die Legaldefinitionen des Wertpapierhandels	617
8. Die wesentlichen Begriffbestimmungen des WpHG	617
9. Die wesentlichen Begriffbestimmungen des KWG	618
10. Die Aufsicht über den Wertpapierhandel	619
11. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	620
12. Zentralisierung in Frankfurt am Main	620
13. Börsenaufsichtsbehörden der Bundesländer	621
14. Handelsüberwachungsstellen an den Börsen	621
15. Der Sanktionsausschuss	621
16. Complianceorganisationen (Compliance Officer)	622
17. Besonderheiten bei Beweisquellen	622
18. Datenmaterial der Börsen	622
19. Datenmaterial der BaFin	623
20. Dokumentationen von Fernsprechdaten	623
III. Straftaten nach dem Börsengesetz	624
1. Die Verleitung Unerfahrener zu Börsenspekulationsgeschäften	624
2. Bedeutung der Strafvorschrift	624
3. Der Begriff Unerfahrenheit	625
4. Verhaltensregeln und Organisationspflichten nach dem WpHG	625
5. Die Überwachung der Dienstleister	625
IV. Manipulation von Markt- und Börsenpreisen	626
1. Entwicklung der Strafverfolgung der Kursmanipulation	626
2. Entwicklung der Überwachung durch Sicherung der Handelsdaten	626
3. Die Reformvorbereitungen	626
4. Die Neuordnung des Manipulationsverbotes	627
5. Die Entkriminalisierung und der Übergang zum neuen Recht	627
6. Landgericht München I und das Urteil ComRoad	627
7. Landgericht München I und das Urteil EM.TV	628
8. § 20a WpHG Verbot der Kurs- und Marktpreismanipulation	628
9. § 38 WpHG Strafvorschriften	629
10. § 39 Bußgeldvorschriften	629
11. Der Börsenpreis	630
12. Die gesamtgesetzliche Bedeutung des Börsenpreises	630
13. Die kapitalmarktbezogene Bedeutung der Preisfeststellung	631
14. Legaldefinition und Ermittlung des Börsenpreises	632
15. Voraussetzungen für die Ermittlung von Börsenpreisen	632
16. Zustandekommen von Börsenpreisen	632
17. Zustandekommen von Börsenpreisen im elektronischen Handel	632

Inhalt

18. Feststellung von Börsenpreisen im Präsenzhandel	633
19. Bekämpfung von Manipulationsversuchen	633
20. Einwirken auf den Börsenpreis	634
21. Die Einwirkungsziele	635
22. Informationsbezogene Einflussnahme auf die Börsenpreisbildung	635
23. Der manipulative Eingriff durch Ad-hoc-Mitteilungen	635
24. Einwirken auf den Börsenpreis durch tatsächliches Handeln	638
25. Einwirken auf den Börsenpreis durch manipulierte Aufträge	639
26. Kursabweichung durch Eigenhandel	639
27. Kompensation oder Crossing	639
28. Manipulation der Honorarabrechnung	640
29. Manipulation zum Steuerstichtag	640
30. Verdeckter Eigenhandel	640
31. Manipulation des Derivatenkurses	641
32. Beeinflussung durch Medien	641
33. Beeinflussung durch Unternehmensnachrichten	641
34. Gerüchte	641
35. Preisbewegung durch Finanzanalysen	642
36. Vorteilszielsetzung	643
37. Marktpflege	643
38. Market Corner als Missbrauch	643
39. Market Corner in Deutschland	644
40. Market Corner und der Anspruch auf kaufmännisches Vertrauen	644
41. Safe Harbour Regeln	644
42. Anzeigepflicht bei Manipulationsverdacht	645
V. Straftaten nach dem Kreditwesengesetz	645
1. Erbringen von Finanzdienstleistungen ohne Erlaubnis	645
2. Erlaubnispflicht für die Erbringung von Finanzdienstleistungen	646
3. Gewerbsmäßigkeit	647
4. Remote Member	647
5. Orderroutingssysteme	647
VI. Insiderkriminalität	648
1. Der Sekundärmarkt für Wertpapiere	648
2. Die Kompetenzen der BaFin im Vergleich	648
3. Die verwaltungsrechtliche Verbotsnorm	649
4. Die Legaldefinitionen	650
5. Beginn der Eignung als Insiderpapier	650
6. Insiderrelevanz der Verkäufe von Optionen auf Insiderpapiere	651
7. Bedeutung des Begriffes: „Veräußern“ am Beispiel Daytrading	651
8. Leerverkäufe und Wertpapierleihe	652
9. Verfügung über Insiderpapiere über Privatoptionen	652
10. Privatoptionen auf Aktien und Wertpapierleihe	652
11. Geschäfte mit aufgeschobener Belieferung (Forward)	652
12. Besonderheiten bei Ermittlungen	653
13. Verfügungsberechtigung und Depotführerschein	653
14. Die Verdachtsstufen bei Insiderermittlungen	653
15. Insider	654
16. Scalping durch Börsenjournalisten	661
17. Konkurrenzverhältnis von Kursmanipulation und Insiderhandel	661
18. Verdacht einer Insiderstrafat (§ 18)	661
19. Hinreichender Tatverdacht (§ 170 Abs.1 StPO)	662
20. Die Insiderlage	662
21. Die Insidertatsache	664

22. Die Preisbeeinflussung durch Bekanntwerden	664
23. Öffentliches Bekanntwerden	669
24. Prognosen als Tatsache	670
25. Kursbeeinflussungspotential	670
26. Kauf- und Verkaufsanreiz	675
27. Chancengleichheit des Börsengeschäfts	675
28. Anzeigepflicht bei Insiderverdacht	676
VII. Straftaten im Zusammenhang mit Bilanzierungen	676
1. Einleitung	676
2. Reformbestrebungen im 10-Punkte-Papier	677
3. Strafvorschriften in Zusammenhang mit Marktinformationen	677
4. Falsche Angaben gem. § 399 AktG	678
5. Prospektbetrug im Strafgesetzbuch	679
6. Unrichtige Darstellung	680
7. Schutzgut	681
8. Täterkreis	681
9. Unrichtigkeit und Verschleierung	682
10. Bilanzierung in der Praxis	682
11. Bewertung des Vermögens	682
12. Rückstellungen	683
13. Wert der Gesellschaft	683
14. Verhältnisse der Gesellschaft	684
15. Darstellungen und Übersichten	685
16. Das Vorsatzerfordernis	685
17. Auswirkungen auf Mitglieder des Vorstands	685
18. Auswirkungen auf Mitglieder des Aufsichtsrates	686
19. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Prüfers	686
20. Bedeutung des Prüfauftrages	687
21. Verantwortung des Wirtschaftsprüfers	688
22. Verschwiegenheitspflicht des Wirtschaftsprüfers	688
23. Mangelnde Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers	688

10. Kapitel. Korruption

(Schubert)

I. Allgemeines	693.
1. Begriff	693
2. Ursachen	694
3. Auswirkungen/Schaden	695
4. Öffentliches Dienstrecht	697
5. Vergabewesen	700
II. Materielles Recht	706
1. Überblick und Schema	706
2. Die Bestechung von Amtsträgern gemäß §§ 331 ff. StGB	709
3. Angestelltenbestechung, §§ 299 ff. StGB	730
4. Betrug	735
5. Submissionsbetrug, § 98 StGB	740
6. Untreue	741
7. Drittmittelforschung und Korruption	743
8. Steuerhinterziehung	751
9. Abgeordnetenbestechung, § 108 e StGB	752
10. Verfall	752

Inhalt

III. Ermittlungshinweise	754
1. Informationsgewinnung	754
2. Informationsverarbeitung	760
11. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen <i>(Janovsky)</i>	
I. Das Gesundheitswesen	765
II. Der Abrechnungsbetrug	766
1. Das legale Abrechnungssystem des Kassenarztes	766
2. Das System der Leistungsziffern	767
3. Die Typologie der Täuschungshandlungen	768
4. Strafrechtliche Bewertung	771
5. Die Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen	772
6. Die Unterstützung durch die Krankenkassen	774
7. Abrechnungsmanipulationen beim Privatpatienten	775
8. Das rechtswidrige Abbedingen der Regelsätze der ärztlichen Gebührenordnung	779
9. Sonstiger Missbrauch im Bereich ärztlicher Leistungen	780
10. Besonderheiten im Ermittlungsverfahren	780
III. Die Bestechung im medizinischen Bereich, insbesondere in Kranken- häusern	784
1. Die Organisation	784
2. Beschaffung medizinischer Geräte	785
3. Die Pseudozugabe im ärztlichen Bereich	785
4. Die gutachterliche Tätigkeit	786
5. Die Kommissionszuwendung	786
6. Untreue durch überhöhten Kaufpreis	787
7. Zuwendungen über Fördervereine	787
8. Die Drittmittelforschung	787
9. Der nichtmedizinische Bereich	788
IV. Der Zahnarzt- und Dentalbereich	788
1. Zahnersatzleistungen	788
2. Einbehalten von Altzahngold	790
3. Vereinbarung von Nachlässen	790
4. Betrug z. N. der Zusatzversicherung	790
V. Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich	791
1. Rezeptabrechnung der Apotheken	791
2. Der Wareneinkauf per Rezept	791
3. Die Sprechstundenbedarfsrezepte	792
4. Beteiligung am Rezeptumsatz	792
5. Betrug mit reimportierten Arzneimitteln	793
6. Unrichtige Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln	793
7. Ermittlungshinweise	793
VI. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	794
1. Die Abgabe von Tierarzneimitteln durch den Tierarzt	794
2. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	794
3. Strafrechtliche Bewertung	796
4. Ermittlungshinweise	797
Anhang	798

12. Kapitel. Computerkriminalität

(Bär)

A. Einleitung und Begriff der Computerkriminalität	805
I. Entwicklung der Informationsgesellschaft	805
II. Reaktionen des Gesetzgebers	806
1. Schaffung eines Datenschutzgesetzes	807
2. Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	807
3. Multimedia-Gesetzgebung	808
4. Entwicklungen im europäischen und internationalen Bereich	809
III. Begriff der Computerkriminalität und Überblick	810
1. Begriff der Computerkriminalität	810
2. Überblick zu Deliktsformen	811
3. Computerkriminalität in der Kriminalstatistik	812
B. Einzelne Deliktsformen	814
I. Computerbetrug (§ 263 a StGB)	814
1. Unrichtige Gestaltung des Programms	817
2. Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten	818
3. Unbefugte Verwendung von Daten	819
4. Unbefugte Einwirkung auf den Ablauf	823
5. Beeinflussung des Ergebnisses eines Datenverarbeitungsvorgangs	823
6. Vermögensschaden	824
7. Subjektiver Tatbestand und Konkurrenzen	824
8. Probleme des Tatnachweises	825
II. Elektronische Urkundendelikte (§§ 269, 270, 274 StGB)	826
1. Inhalt und einzelne Tatbestände	826
2. Fälschung beweisrelevanter Daten (§§ 269, 270 StGB)	827
3. Unterdrückung beweisrelevanter Daten (§ 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	829
4. Probleme des Tatnachweises	830
III. Ausspähen von Daten (§ 202 a StGB)	831
1. Daten i. S. d. § 202 a Abs. 2 StGB	832
2. Datenbestimmung	834
3. Besondere Zugangssicherung	835
4. Unbefugtes Verschaffen der Daten	836
5. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	837
6. Probleme des Tatnachweises	837
IV. Datenveränderung und Computersabotage (§§ 303 a, 303 b StGB)	838
1. Computerviren und andere Sabotageprogramme	839
2. Datenveränderung (§ 303 a StGB)	841
3. Computersabotage (§ 303 b StGB)	844
4. Probleme des Tatnachweises	847
V. Illegale Nutzung von Programmen (§§ 106 ff. UrhG)	848
1. Schutzfähigkeit von Computerprogrammen	851
2. Vervielfältigung	853
3. Verbreitung	855
4. Subjektiver Tatbestand/Verfolgungsvoraussetzungen	856
5. Strafbarer Eingriff in fremde Schutzrechte (§ 108 UrhG)	856
6. Probleme des Tatnachweises	857
VI. Persönlichkeitsverletzungen	857
VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	858
1. Tatbestand und Rechtsgut	858
2. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse als Tatobjekt	860
3. Tathandlungen des § 17 UWG	862
4. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	864

Inhalt

5. Probleme des Tatnachweises	865
C. Straftaten in Datennetzen	865
I. Allgemeine Fragen und bisherige Verfahren	866
1. Bisherige Verfahren	866
2. Abgrenzung von Telediensten, Mediendiensten und Rundfunk	869
3. Beteiligte Personen und Verantwortlichkeit	871
4. Bedeutung der Verantwortlichkeitsregeln für das Strafrecht	872
II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten	873
1. Verantwortlichkeit der Anbieter	873
2. Verantwortlichkeit der Provider	874
3. Verantwortlichkeit der Nutzer	878
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink	880
IV. Probleme des Tatnachweises	882
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	883
2. Rückverfolgung von Straftätern	885
D. Zusammenfassung und Ausblick	885

13. Kapitel. Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

(Möhrenschrager)

I. Einleitung	889
II. Schutz im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	890
1. Geheimnisverrat (§ 17 Abs. 1 UWG)	890
2. Geschäfts-/Betriebsspionage (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG)	896
3. Geheimnishehlerei (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG)	897
4. Sanktionen (auch bei besonders schweren Fällen) und sonstige Rechtsfolgen	900
5. Vorlagenfreibeuterei (§ 18 UWG)	901
6. Versuch und Vorbereitungshandlungen	902
7. Voraussetzungen der Verfolgung von auslandsbezogenen Verstößen	903
8. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 22 Abs. 1 UWG)	904
III. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen	904
1. Gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsrechtliche Strafvorschriften	905
2. Strafvorschriften zum Schutze von Privat- und Dienstgeheimnissen	906
3. Staatsschutzstrafrecht	908
IV. Hinweise zu präventiven Maßnahmen	909
1. Personelle und rechtliche Schutzmaßnahmen	910
2. Organisatorische und technische Sicherungsmaßnahmen	912

14. Kapitel. Strafbare Werbung

(Solf)

I. Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	916
II. Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	917
1. Vorgetäushtes Anstellungsverhältnis	917
2. Heimarbeitsschwindel	918
3. Attraktive Auslandsjobs	919
4. Bauernfängerei mit Servicenummern	919
III. Dubiose Chiffreanzeigen	920
IV. Kredite für jedermann	921
V. Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	922
VI. Missstände bei der Haustürwerbung	924
1. Kein generelles Verbot	924

2. Schwindel beim Zeitschriftenvertrieb	924
3. Strafbarkeitsvoraussetzungen	925
4. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen	926
5. Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft	927
VII. Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	927
1. Als Ausflug getarnte Verkaufsveranstaltungen	927
2. Rechtliche Beurteilung	928
3. Widerrufsrecht auch bei Fahrten über die Grenze	929
4. Vergleichbare Misstände bei anderen Verkaufsveranstaltungen	929
VIII. Werbung mit Mondpreisen	930
1. Vorgetäuschte Preisreduzierungen	930
2. Beweisprobleme bei der Rechtsverfolgung	930
IX. Manipulierte Räumungsverkäufe	932
1. Beliebtes Lockmittel zur Umsatzsteigerung	932
2. Organisierter Schwindel durch professionelle Täter	933
3. Defizite bei der Strafverfolgung	934
X. Orientteppichschwindel	934
1. Der Zwangsvollstreckungsstrick	935
2. Verwertung sicherungsübereigneter oder verpfändeter Teppiche	936
3. Schwindel mit Wanderlagern	937
4. Misstände bei Räumungsverkäufen	938
XI. Heil- und Arzneimittelschwindel	939
1. Straftaten im Reisegewerbe	939
2. Publikumswerbung	940
XII. Progressive Kundenwerbung	941
XIII. Kettenbriefe und Pyramidenspiele	942
1. Kettenbriefaktionen	942
2. Pyramidenspiele	943
XIV. Anzeigen- und Adreßbuchschwindel	945
1. Versand fingierter Rechnungen	945
2. Sonstige Schwindelmethoden	946
3. Möglichkeiten des Zivilrechts	947
4. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	948
5. Strafrechtliche Beurteilung	948
XV. Geldmacherei mit Abmahnungen	951
1. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	951
2. Abmahnvereine	951
3. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	952
4. Strafrechtliche Beurteilung	953
XVI. Pressespezifische Besonderheiten	954
1. Strafprozessuale Aspekte	954
2. Verjährung	954

15. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie

(Möller)

I. Einleitung	955
II. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	955
1. Statistisches Datenmaterial	956
2. Produkt- und Markenpiraterie – eine Branchenübersicht in Zahlen	958
3. Tätergruppen	959
III. Gesetzeslage	961
1. Produktpirateriegesetz	961

Inhalt

2. Kurzübersicht und -definition der gewerblichen Schutzrechte	962
3. Markenrechtliche Straftatbestände	963
4. Strafrechtliche Einziehung/Adhäsionsverfahren § 143 Abs. 5 MarkenG	966
5. Weitere mögliche Straftatbestände	966
IV. Ermittlungsprobleme bzw. typische Problemstellungen der strafrecht- lichen Verfolgung	968
1. Supranationale und bundesdeutsche Sicherstellungsregelungen	968
2. Staatsanwaltschaft	969
3. Verwertung sichergestellter Fälschungsware	972
V. Spezifische Urheberrechtsprobleme	973
VI. Die privatrechtliche Situation bei Produkt- und Markenpiraterie- verletzungen	975
VII. Präventionsmöglichkeiten	975
VIII. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	976
IX. Wichtige Kontaktadressen	976
X. Schutzrechte im Überblick	977

16. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht

(Dannecker)

A. Überblick	988
B. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsvorschriften	989
I. Schutz des Wettbewerbs	989
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	990
1. Wettbewerbsvorschriften	990
2. Sanktionsvorschriften	991
C. Deutsches Kartellrecht	992
I. Entstehungsgeschichte	992
1. 19. Jahrhundert bis zu den Anfängen der Weimarer Republik	992
2. Kartellverordnung von 1923	992
3. Nationalsozialismus	993
4. Dekartellierung durch die Alliierten	993
5. GWB von 1957	993
6. Novellierungen des GWB	994
II. Regelungen und Systematik des GWB	995
1. Anwendungsbereich des GWB	995
2. Materiellrechtliche Regelungen des GWB über Wettbewerbs- beschränkungen	996
3. Zivil- und verwaltungsrechtliche Sanktionen	997
4. Fusionskontrolle	997
5. Kartellbehörden und Verfahrensvorschriften einschließlich Bußgeldvorschriften	997
III. Neuerungen im Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungs- widrigkeiten	998
1. Neuerungen durch die sechste GWB-Novelle	998
2. Blankettgesetzcharakter	999
3. Struktur der Bußgeldnormen	999
4. Schwerwiegende Zuwiderhandlungen gegen die materiellen Wettbewerbsvorschriften	1000
5. Verstöße gegen Ungehorsamstatbestände	1002
IV. Wettbewerbsverbote in der Bußgeldpraxis	1003

1. Verbot horizontaler Kartelle nach § 1 GWB	1003
2. Verbot vertikaler Vereinbarungen	1005
3. Umgehungsverbote	1006
4. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden oder marktstarken Stellung	1009
5. Diskriminierungsverbot und Verbot unbilliger Behinderung	1011
6. Boykottverbot	1014
7. Aufnahmезwang	1014
V. Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle)	1015
1. Ziel der Zusammenschlusskontrolle	1015
2. Anwendungsbereich der Zusammenschlusskontrolle	1015
3. Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen	1016
4. Fusionskontrollverfahren	1016
5. Bußgeldtatbestände	1016
VI. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer Personen	1017
1. Ahndbarkeit natürlicher Personen über die Zurechnung gemäß § 9 OWiG	1017
2. Ahndbarkeit natürlicher Personen wegen Aufsichtspflichtverletzung gemäß § 130 OWiG	1018
3. Ahndbarkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 30 OWiG	1018
VII. Bußgeldbemessung und Eintragung in das Gewerbezentralregister und Bundeszentralregister	1019
1. Bußgeldbemessung bei natürlichen Personen	1019
2. Bußgeldbemessung bei juristischen Personen und Personenvereinigungen	1022
3. Bonusregelung des Bundeskartellamtes	1022
4. Stundung und Einräumung von Ratenzahlungen	1026
5. Eintragung in das Gewerbezentralregister	1027
D. Strafbare Submissionsabsprachen	1027
I. Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	1028
II. Reformen	1029
1. Vorschläge der Großen Strafrechtskommission und der Sachverständigenkommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	1029
2. Entwurf zum Zweiten Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	1030
3. Gesetz zur Bekämpfung der Korruption	1030
III. Erscheinungsformen der Submissionsabsprachen	1030
1. Absprachen zwischen Marktteilnehmern auf überschaubaren Märkten	1031
2. Submissionsabsprachen und Korruption	1031
3. Nutzung des Nachverhandlungsverbots und Erteilung von Komplettaufträgen	1031
IV. Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	1032
V. Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	1032
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs bis zum Jahre 1992	1032
2. Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in den „Rheinausbau“-Entscheidungen	1033
VI. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	1038
1. Entstehungsgeschichte	1038
2. Ausgestaltung der gesetzlichen Regelung	1039

Inhalt

3. Verjährung	1043
4. Konkurrenzen	1043
VII. Verfahrensrecht	1044
1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftsstrafkammer	1044
2. Zuständigkeit für die Verhängung von Unternehmenssanktionen	1044
E. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1045
I. Rechtsgrundlagen und Entstehungsgeschichte der wettbewerbsrechtlichen Bußgeldvorschriften	1046
1. Ermächtigung zum Erlass von Verordnungen zur Verwirklichung der Wettbewerbsverbote (Art. 83 EGV)	1046
2. Entstehungsgeschichte der Verordnung Nr. 17/62	1046
3. Kartellverordnung Nr. 1/2003	1047
II. Wettbewerbsrechtliche Verbotsnormen	1049
1. Anwendungsbereich der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften	1049
2. Materiellrechtliche Wettbewerbsverbote des EG-Vertrags	1051
III. Kartellverfahren	1055
1. Rechtsnatur des Verfahrens	1055
2. Einleitung und Ablauf des Verfahrens	1055
3. Mitwirkungs- und Duldungspflichten	1057
4. Geltung allgemeiner Rechtsgrundsätze im Bußgeldverfahren	1060
IV. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof	1062
1. Grundsätzliche Klagemöglichkeiten	1062
2. Erweiterung der Nachprüfungsmöglichkeit durch Art. 229 EGV	1062
3. Änderungen durch den Vertrag von Nizza	1063
4. Auswirkungen der neuen VO 1/2003	1064
V. Ausgestaltung und Systematik der Bußgeldtatbestände	1064
1. Zurechnung des Verhaltens natürlicher Personen	1064
2. Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des materiellen Kartellrechts	1065
3. Sonderdeliktscharakter und Ausgestaltung als Blankettgesetze	1067
4. Grundsatz ne bis in idem	1067
VI. Wettbewerbsverbote in der Bußgeldpraxis	1069
1. Geltung des Opportunitätsprinzips im Bußgeldrecht	1069
2. Keine umfassende Begründungspflicht bei der Verhängung von Geldbußen	1069
3. Ausübung des Ermessens bei der Verhängung von Geldbußen	1071
4. Behandlung der gemeinschaftlichen Geldbußen nach nationalem Steuerrecht	1072
VII. Bußgeldbemessung	1073
1. Entwicklung der Sanktionspolitik bis zur Einführung der Leitlinien zur Bußgeldbemessung	1073
2. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 1998	1073
3. Anwendung der Mitteilung vom 14. Februar 2002 über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen – „Kronzeugenregelung“	1078
VIII. Geldbußen des EWR-Vertrages	1083
1. Geltung der Wettbewerbsregeln	1083
2. Zuständigkeit im Verwaltungsverfahren	1084
3. Gerichtliche Kontrolle	1084
IX. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung	1084
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrolle	1084
2. Anwendungsbereich der Fusionskontroll-Verordnung	1085
3. Fusionskontrollverfahren	1085

4. Bußgeldvorschriften der Fusionskontroll-Verordnung	1088
5. Rechtsmittel bei Bußgeldentscheidungen	1089

17. Kapitel. Illegale Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

(Eustrup/Weber)

A. Arbeitnehmerüberlassung	1093
I. Definition	1093
II. Gesetzliche Voraussetzungen der legalen Arbeitnehmerüberlassung	1094
1. Gewerbsmäßigkeit	1094
2. Erlaubnispflicht	1094
3. Ausnahmen	1096
4. Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe	1099
5. Arbeitgeberfiktion nach § 10 AÜG	1100
III. Abgrenzung von Arbeitnehmerüberlassung zu anderen Formen dritt- bezogenen Personaleinsatzes	1100
1. Allgemeines	1100
2. Werkvertrag	1101
3. Selbständiger Dienstvertrag	1103
4. Dienstverschaffungsvertrag	1103
5. Geschäftsbesorgungsvertrag	1103
6. Personalgestellung als Nebenleistung	1103
7. Personalgestellung als Folgeleistung	1103
IV. Erscheinungsformen illegaler Arbeitnehmerüberlassung	1104
1. Straftaten	1104
2. Ordnungswidrigkeiten	1106
3. Fallbeispiele	1108
V. Aufdeckung und Ahndung	1109
1. Organisation	1109
2. Verfolgung und Ahndung	1110
B. Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer	1114
I. Aufenthaltsrechtlicher Status	1114
II. Arbeitsgenehmigung	1115
1. Arbeitslaubnis	1115
2. Arbeitsberechtigung	1115
3. Ausnahmen	1116
4. Anwerbestoppausnahmeverordnung	1117
III. Illegale Ausländerbeschäftigung	1119
1. Verstöße gegen das SGB III	1119
2. Verstöße gegen das Ausländergesetz und das Asylverfahrensgesetz	1122
3. Besondere Erscheinungsformen	1123
IV. Aufdeckung und Ahndung	1123
1. Elektronischer Datenabgleich	1123
2. Verdachtlose Außenprüfungen	1123
3. Organisation	1124
4. Verfolgung und Ahndung	1124
C. Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienst- leistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG)	1125
I. Anwendungsbereich	1125
1. Entwicklung	1125
2. Geltungsbereich	1126
II. Pflichten des Arbeitgebers	1127
1. Anmeldung	1127

Inhalt

2. Zahlung des Mindestlohnes	1128
3. Gewährung von Erholungsurlaub	1130
4. Abführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	1130
5. Befreiung	1131
6. Generalunternehmerhaftung	1131
III. Umgehungsversuche	1131
1. Allgemeines	1131
2. Anmeldung	1132
3. Zahlung des Mindestlohnes	1132
IV. Aufdeckung von Verstößen	1133
1. Prüfbehörden	1133
2. Rechtsgrundlagen	1133
3. Durchführung von Prüfungen bei Arbeitgebern	1135
4. Zusammenarbeit mit anderen Stellen	1137
V. Ahndung von Verstößen	1138
1. Zuständige Behörden	1138
2. Ahndung von Meldeverstößen	1138
3. Ahndung von Verstößen wegen Nichtgewährung des Mindestlohnes	1138
4. Ahndung von Verstößen wegen Nichtgewährung des Erholungsurlaubes, des Urlaubsentgelts und des zusätzlichen Urlaubsgeldes	1140
5. Ahndung von Verstößen wegen Nichtabführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	1140
6. Ahndung von Verstößen von Unternehmern, die einen anderen Unternehmer beauftragen, § 5 Abs. 2 AEntG	1140
7. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, § 6 AEntG	1141
8. Anwendung des AEntG bei unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung	1142
9. Maßnahmen zur Sicherstellung und Vollstreckung des Bußgeldverfahrens	1142
10. Eintragung von Bußgeldentscheidungen in das Gewerbezentralregister (GZR)	1143
VI. EU-Entsenderichtlinie	1143
1. Zustandekommen	1143
2. Wesentliche Inhalte	1144
3. Umsetzung im nationalen Recht	1144
D. Missbrauch von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit	1145
I. Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit	1145
1. Allgemeines	1145
2. Leistungen an Arbeitnehmer	1145
3. Leistungen an Arbeitgeber	1146
4. Leistungen an Träger	1147
II. Leistungsmissbrauch durch Arbeitnehmer	1147
1. Begehungsarten	1147
2. Aufdeckungsmethoden	1148
3. Ahndung	1149
III. Leistungsmissbrauch durch Arbeitgeber	1149
1. Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld	1149
2. Leistungen an Arbeitgeber und Träger	1149
E. Steuerliche Aspekte	1152
I. Vorbemerkung	1152
II. Fallgestaltungen, Beteiligte	1153
1. Schwarzarbeit	1153
2. Scheinselbständigkeit	1153

3. Werkverträge mit ausländischen Bauunternehmern	1154
4. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1154
III. Betroffene Steuerarten	1155
1. Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer	1155
2. Umsatzsteuer	1159
3. Lohnsteuer	1162
IV. Strafbarkeit der Beteiligten	1164
1. Schwarzarbeit	1164
2. Scheinselbständigkeit	1164
3. Illegale Beschäftigung	1165
V. Besondere Ermittlungsprobleme und -möglichkeiten	1166

18. Kapitel. Steuerstrafrecht

(Kummer)

I. Allgemeines	1178
1. Bedeutung, Ausmaß	1178
2. Begriffsbestimmung und Abgrenzung	1179
II. Materielles Steuerstrafrecht	1180
1. Steuerstraftaten (§ 369 AO)	1180
2. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1180
3. Gewerbsmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung (§ 370 a AO)	1198
4. Selbstanzeige (§ 371 AO)	1209
III. Formelles Steuerstrafrecht	1218
1. Vorschriften für die Durchführung von Steuerstrafverfahren	1218
2. Ermittlungskompetenz der Finanzbehörde	1220
3. Ermittlungskompetenz der Staatsanwaltschaft	1236
4. Schutz und Durchbrechung des Steuergeheimnisses	1248
5. Sonstige Besonderheiten des Steuerstrafverfahrens	1254

19. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung

(Rödl)

I. Einführung	1261
1. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen	1261
2. Internationale Steuergestaltung	1261
3. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht	1263
II. Ansässigkeit natürlicher Personen	1263
1. Steuerliches Gestaltungsziel	1263
2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1264
3. Typische Hinterziehungskonstellationen	1268
III. Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaften	1270
1. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft	1270
2. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise	1277
3. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im Konzern	1287
IV. Umsatzsteuer	1290
1. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells	1290
2. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung	1291
3. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung	1292

20. Kapitel. Zoll

(Wämers)

(Teile VI, IX–XII: Brandl)

I. Organisation und Aufbau des Zollfahndungsdienstes	1298
1. Regionale Präsenz und zentrale Aufgabenerfüllung	1301
2. Weisungsverhältnisse	1303
3. Sonderheiten des Zollfahndungsdienstes	1304
II. Die besondere Ermittlungssituation des Zollfahndungsdienstes i.R. der Aufgaben der Zollverwaltung	1306
III. Enge Verbindung zwischen zollamtlicher Überwachung und Ermittlungen des Zollfahndungsdienstes.	1310
1. Überwachungsaufgaben der Zollverwaltung	1310
2. Überwachungsaufgaben und -instrumente des Zollfahndungsdienstes	1318
3. Besondere Überwachungsaufgaben des ZKA	1329
4. Übersich über die Verfahrenszuständigkeiten der Zollbehörden bei Ermittlungsverfahren	1332
IV. Ermittlungsaufgaben des Zollfahndungsdienstes im Überblick	1333
V. Ermittlungsbefugnisse der Zollbehörden	1334
1. Ermittlungsbefugnisse der Hauptzollämter	1335
2. Ermittlungsbefugnisse der Zollfahndungsämter	1338
3. Verhältnis der steuerlichen zu den strafrechtlichen Ermittlungen	1340
4. Gefahrenabwehrende Befugnisse des Zollfahndungsdienstes zur Verhinderung von Straftaten und des Eintritts von Schäden zum Nachteil der Europäischen Gemeinschaft, der Bundesrepublik und des Einzelnen	1341
VI. Bedeutung der Zollverfahren und ihrer rechtlichen und praktischen Ausgestaltung für Zuwiderhandlungen (Brandl).	1342
1. Rechtliche Entwicklung	1342
2. Zollverfahren im Allgemeinen	1345
3. Nichterhebungsverfahren und Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung	1351
4. Sonstige zollrechtliche Bestimmungen	1363
VII. Strafrechtlicher Schutz bei den sog. Zollstraftaten	1363
VIII. Ermittlung von Steuerstraftaten	1365
1. Begriff der Steuerstraftaten nach § 369 AO	1365
2. Steuerhinterziehung	1366
3. Gewerbs- oder bandenmäßige Steuerhinterziehung	1374
4. Bannbruch	1377
5. Wertzeichenfälschung	1381
6. Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	1382
7. Steuerhehlerei	1383
8. Begünstigung	1383
9. Einziehung	1384
10. Das Schmuggelprivileg	1384
11. Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	1384
12. Im Zusammenhang mit Steuerdelikten stehende Straftaten	1387
IX. Ermittlung von Zuwiderhandlungen gegen Marktordnungsregelungen der Europäischen Gemeinschaft (Brandl).	1389
1. Vorbemerkungen	1389
2. Grundsätzliche Regelungssystematik	1391
3. Hinterziehung von Abschöpfungen und Agrarzöllen	1393
4. Subventionsbetrug bei Ausfuhrerstattungen	1393
X. Ermittlung von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr (Bannbruch) (Brandl).	1397

1. Der Bannbruch als Blankettgesetz	1397
2. Markengesetz	1397
3. Artenschutz	1401
4. Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz	1403
5. Abfallrecht	1404
XI. Finanzermittlungen (<i>Brandl</i>)	1406
1. Die Rolle der Finanzermittlungen im Rahmen der OK-Bekämpfung	1406
2. Der Anfangsverdacht – der Vortatenkatalog	1407
3. Zollspezifische Informationsquellen und Ermittlungsansätze	1408
4. Verdachtsanzeigen und Ermittlungen	1412
5. Aufgaben des ZKA bei der Bekämpfung der Geldwäsche	1414
XII. Ermittlung von Verstößen gegen das GÜG (<i>Brandl</i>)	1414
1. Vorbemerkungen	1414
2. Der Sinn der Grundstoffüberwachung	1415
3. Die Überwachung der gelisteten Grundstoffe	1416
4. Das polizeiliche Monitoringsystem	1419
5. Ermittlungen	1419
XIII. Verhältnis von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	1421
1. Problem des Aufgabenvorrangs der Gefahrenabwehr	1421
2. Kollisionsregeln	1423
XIV. Bedeutung des Steuergeheimnisses i. R. der Tätigkeit der Zollverwaltung	1424
1. Art. 15 Zollkodex	1424
2. § 30 AO	1425
XV. Das ZKA	1431
1. Stellung und Funktion des ZKA im Zollfahndungsdienst	1431
2. Ermittlungsaufgaben und -befugnisse des ZKA	1432
3. Unterstützende Funktionen des ZKA bei Ermittlungen des Zollfahndungsdienstes	1432
4. Informationssysteme des Zollfahndungsdienstes und des ZKA	1434
XVI. Zusammenarbeit des ZKA und des Zollfahndungsdienstes mit anderen Behörden	1436
1. Zusammenarbeit mit den übrigen Dienststellen des Zolls	1436
2. Zusammenarbeit im nationalen Bereich	1436
3. Internationale und europäische Zusammenarbeit im Wege der Amtshilfe	1438
Anhang 1: Bestehende Verbote und Beschränkungen	1452
Anhang 2: Fundstellennachweis des Gemeinschaftsrechts	1461

21. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)

(Harder)

I. Vorbemerkungen	1468
1. Allgemeines	1468
2. Abgrenzung KWKG/AWG	1469
3. Abgrenzung CWÜAG/AWG	1469
4. Abgrenzung CWÜAG/KWKG	1470
II. Außenwirtschaftsgesetz	1470
1. Grundsätze	1470
2. Die Systematik des AWG	1471
3. Die Außenwirtschaftsverordnung	1472
4. Die Entwicklung des Außenwirtschaftsrechts seit 1961	1474
5. Auswirkungen des EG-Rechts auf das Außenwirtschaftsrecht	1479
6. Zur Verfassungsmäßigkeit der Außenwirtschaftsbestimmungen	1483

Inhalt

7. Die Bußgeld- und Strafbestimmungen des AWG	1484
8. Modi operandi des illegalen Technologietransfers	1497
9. Aufgaben und Befugnisse der Zollbehörden	1501
10. Möglichkeiten des Erkennens des illegalen Technologietransfers durch die Zollbehörden	1502
11. Internationale Zusammenarbeit	1502
12. Sonstige Delikte	1503
III. Kriegswaffenkontrollgesetz	1503
1. Allgemeines	1503
2. Die Systematik des KWKG	1504
3. Die Kriegswaffenliste	1504
4. Die Beschränkungen	1506
5. Die Strafbestimmungen	1512
IV. Das Chemiewaffenübereinkommen	1513
1. Das Ausführungsgesetz und die Ausführungsverordnung zum CWÜ	1513
2. Die Strafbestimmungen des CWÜAG	1515
Anhang 1: Übersicht § 34 AWG (Änderungen)	1516
Anhang 2: Fundstellennachweis des Gemeinschaftsrechts	1518

22. Kapitel. Internationale Rechtshilfe

(Veh)

I. Rechtshilfebegriffe	1525
1. Der nationale Begriff internationaler Rechtshilfe	1525
2. Der internationale Begriff internationaler Rechtshilfe	1527
II. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	1527
1. Systematische Einordnung des Rechtshilferechts	1527
2. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1530
III. Rechtsquellen	1531
1. Grundstrukturen und Hilfsmittel	1531
2. Rechtsquellen im europäischen Vertragsnetzwerk	1533
3. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	1543
IV. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1544
1. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	1544
2. Befugnisse von Auslandsvertretungen	1546
3. Rechtshilfe u. konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	1546
4. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	1552
V. Das Ersuchen um Rechtshilfe (i. w. S.)	1552
1. Verfasser des Ersuchens	1552
2. Form und Inhalt des Ersuchens	1554
3. Geschäftsweg	1555
4. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden	1556
VI. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe	1559
1. Allgemeine Voraussetzungen	1559
2. Besonderheiten für Fiskaldelikte	1563
3. Spezifische Voraussetzungen für einzelne Maßnahmen	1564
4. Grenzen der Rechtshilfenutzung	1569
VII. Ausgewählte Länderspezifika	1571
1. Schengenstaaten	1571
2. Die Schweiz	1572
3. Liechtenstein	1574
4. Großbritannien und Irland	1575
5. Mittel- und Osteuropa	1576

6. Vereinigte Staaten und Kanada	1576
7. Steueroasen in Übersee	1577

23. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens

(Gürtler)

I. Durchsuchung und Beschlagnahme	1580
1. Durchsicht von Papieren, §110 StPO	1580
2. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen – Beschlagnahmeverbot gemäß § 97	1582
3. Entbindung von der Schweigepflicht	1590
4. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96StPO	1592
II. Verwertbarkeit von Erkenntnissen der Telefonüberwachung (TÜ) nach Wegfall der Katalogtat	1593
III. Verwertbarkeit von Angaben in Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO	1594

24. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren

(Gieg)

Vorbemerkung

A. Beweisantragsrecht	1602
I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts	1602
II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach § 244 Abs. 2 StPO	1603
III. Der Begriff des Beweisantrags	1604
1. Beweisanträge außerhalb der Hauptverhandlung	1604
2. Die Rechtsprechung	1605
3. Definition	1606
IV. Formelle Anforderungen und Verfahren	1606
1. Antragsberechtigung und gemeinsame Antragstellung	1606
2. Ausschluss der Antragsberechtigung und Rechtsmissbrauch	1607
3. Form und Protokollierung – Anordnung nach § 257 a StPO	1608
4. Zeitpunkt der Antragstellung	1609
5. Zurücknahme und Verzicht	1609
V. Der bedingte Beweisantrag	1610
1. Klassifizierungsansätze	1610
2. Der Hilfsbeweisantrag	1612
3. Der Eventualbeweisantrag	1617
VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegehren	1619
1. Die Behauptung der Beweistatsache	1619
2. Die Angabe des Beweismittels	1630
VII. Beweisanregung, Beweisermittlungsantrag und Scheinbeweisantrag	1634
1. Beweisanregung und Beweiserbieten	1634
2. Beweisermittlungsantrag	1634
3. Scheinbeweisantrag und Missbrauch des Beweisantragsrechts	1637
VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag	1638
1. Die Anordnung der Beweisaufnahme	1638
2. Die Ablehnung des Beweisantrags durch Gerichtsbeschluss	1639
IX. Die Ablehnung des Beweisantrags	1640
1. Das Verbot der Beweisantizipation	1640
2. Unzulässigkeit der Beweiserhebung gem. § 244 Abs. 3 Satz 1 StPO	1643
3. Die Ablehnungsgründe des § 244 Abs. 3 Satz 2 StPO	1644
4. Ablehnung des Sachverständigenbeweises nach § 244 Abs. 4 StPO	1659
5. Ablehnung des Augenscheibeweises nach § 244 Abs. 5 Satz 1 StPO	1661
6. Die Ablehnung eines Auslandszeugen nach § 244 Abs. 5 Satz 2 StPO	1662

Inhalt

B. Verständigung im Strafverfahren	1663
I. Handel mit der Gerechtigkeit?	1663
1. Zum aktuellen Meinungsstand in Rechtsprechung und Lehre	1663
2. Ubiquität im Bereich der Wirtschaftsstrafsachen	1667
II. Der Standpunkt des Bundesgerichtshofs	1668
1. Die Grundaussage	1668
2. Kritik und Ausblick – Reformbestrebungen	1668
III. Die Zulässigkeit strafprozessualer Verständigung im Einzelnen	1671
1. Sachaufklärungspflicht und Geständnis; Verwertbarkeit bei gescheiterter Absprache	1672
2. § 136 a StPO – unzulässige Versprechen	1674
3. Öffentlichkeit	1675
4. Einbeziehung aller Verfahrensbeteiligter und Transparenzgebot	1676
5. Rechtsmittelverzicht und Rechtsfolgen unzulässiger Absprachen	1681
6. Protokollierung und Dissens	1686
7. Schuldspruch	1688
8. Rechtsfolgenausspruch	1689
9. Bindungswirkung und Vorbehalt schwerwiegender neuer Umstände	1691
IV. Aspekte der „Verständigung“ im Ermittlungsverfahren	1693

25. Kapitel. EDV-Beweissicherung

(Bär)

A. Einführung	1702
I. Einleitung	1702
II. Bedeutung der EDV-Beweissicherung	1704
1. Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	1704
2. Grenzen der Auslegung	1704
3. Einteilung der Zugriffsrechte und Gang der Darstellung	1706
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen	1706
I. Durchsuchungen im EDV-Bereich	1706
1. Betroffener Personenkreis	1707
2. Inbetriebnahme fremder EDV-Anlagen	1708
3. Nutzung fremder Programme	1710
4. Reichweite der Durchsuchungsbefugnisse	1711
5. Durchsuchungen mit Auslandsbezug	1713
6. Planung und Vollzug von Zwangsmaßnahmen	1715
7. Durchsicht der Papiere	1719
II. Beschlagnahme von Computerdaten	1720
1. Gegenstände als Beweismittel	1721
2. Potentielle Beweisbedeutung	1722
3. Formen der Sicherstellung	1723
4. Beschlagnahmeverbote	1723
5. Postbeschlagnahme	1726
6. Rasterfahndung	1727
7. Durchführung der Sicherstellung und Auswertung von EDV-Unterlagen	1727
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	1728
1. Zeugenpflicht	1729
2. Editionsspflicht (§ 95 StPO)	1731
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	1734
1. Überwachung der Telekommunikation (§ 100 a StPO)	1735
2. Auskunftsanspruch nach §§ 100 g, 100 h StPO	1741

3	Auskunftsersuchen gem. §§ 89 und 90 TKG und 6 Abs. 5 TDDSG . . .	1747
4.	Einsatz des IMSI-Catchers (§ 100i StPO)	1749
5.	Planung und Durchführung von Eingriffen	1750
C.	Ermittlungen in Computernetzwerken	1751
I.	Polizeistreifen in Datennetzen	1751
II.	Nutzung fremder Zugangsberechtigungen	1753
1.	Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	1754
2.	Polizeirechtliche Rechtsgrundlagen	1755
3.	Strafprozessuale Rechtsgrundlagen	1756
D.	Zugriff auf verschlüsselte Daten	1759
I.	Methoden der Datenverschlüsselung	1760
II.	Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	1761
E.	Zusammenfassung und Ausblick	1762

**26. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung,
Rückgewinnungshilfe**
(Podolsky)

I.	Einleitung	1764
II.	Begriffe	1765
1.	Finanzermittlungen	1765
2.	Gewinnabschöpfung	1765
3.	Vermögensabschöpfung	1766
III.	Konzeption zur Vermögensabschöpfung	1766
1.	Erste Säule: Aus- und Fortbildung	1766
2.	Zweite Säule: Projektgruppe Vermögensabschöpfung (PGV)	1766
3.	Dritte Säule: Finanzermittlungen als polizeilicher Standard	1767
4.	Zusammenarbeit Justiz/Polizei im Bereich der Finanzermittlungen	1767
IV.	Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung	1768
1.	Die Verfallsvorschriften	1768
2.	Nutzungen gem. § 73 Abs. 2 Satz 1 StGB	1773
3.	Surrogate gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 StGB	1773
4.	Handeln für einen anderen nach § 73 Abs. 3 StGB	1774
5.	Dritteigentümerbezogener Verfall nach § 73 Abs. 4 StGB	1776
6.	Der Verfall von Wertersatz nach § 73 a StGB	1776
7.	Schätzung nach § 73 b StGB	1778
8.	Unbillige Härte nach § 73 c StGB	1778
9.	Die Haftung von Mittätern und Bandenmitgliedern	1780
10.	Erweiterter Verfall nach § 73 d Abs. 1 StGB	1780
11.	§ 73 d Abs. 2 StGB	1783
12.	§ 73 d Abs. 3 StGB	1784
13.	§ 73 d Abs. 4 StGB	1784
V.	Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung	1784
1.	Vorbemerkung	1784
2.	Die Sicherstellung durch Beschlagnahme und dinglichen Arrest	1785
3.	Abgrenzung Beschlagnahme/dinglicher Arrest	1785
4.	Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch Beschlagnahme	1785
5.	Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch dinglichen Arrest	1786
6.	Die Sicherstellung durch Beschlagnahme nach § 111 b Abs. 1 StPO	1786
7.	Anordnung der Beschlagnahme nach § 111 e Abs. 1 StPO	1787
VI.	Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen im Falle der Beschlagnahme nach § 111 f StPO	1788
1.	Bei beweglichen Gegenständen	1788

Inhalt

2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1788
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1788
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1788
VII. Die Vollziehung/Vollstreckung der Beschlagnahme nach § 111 c StPO	1789
1. Bei beweglichen Gegenständen	1789
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1789
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1789
4. Bei eingetragenen Schiffen und Luftfahrzeugen	1790
5. Die Wirkung der vollzogenen Beschlagnahme nach § 111 c Abs. 5 StPO	1790
6. Absehen vom Verfall im Strafurteil	1790
VIII. Folgen der gerichtlichen Verfallsanordnung	1790
1. Die Rückgewinnungshilfe nach § 111 b Abs. 5 und Abs. 1 StPO	1790
2. Die Geschädigtenbenachrichtigung nach § 111 e Abs. 3 und 4 StPO	1791
3. Die einzuleitenden Maßnahmen der Geschädigten	1791
4. Zulassung der Zwangsvollstreckung der Geschädigten nach § 111 g Abs. 2 StPO	1792
5. Das weitere Vorgehen nach Stellung des Zulassungsantrages	1792
6. Aufrechterhaltung der Beschlagnahme zugunsten Verletzter nach § 111 i StPO	1793
7. Rückgewinnungshilfe bei unbekanntem Geschädigten und das Verfahren nach §§ 979 ff. BGB	1793
IX. Die Sicherstellung von Gegenständen durch dinglichen Arrest nach § 111 b Abs. 2 StPO	1795
1. Anordnung des dinglichen Arrestes nach § 111 e Abs. 1 StPO	1795
2. Notwendiger Inhalt eines dinglichen Arrestes nach § 111 d Abs. 2 StPO	1795
X. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen im Falle des dinglichen Arrestes nach § 111 f StPO	1796
1. Bei beweglichen Gegenständen	1796
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1796
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1797
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1797
XI. Die Vollstreckung des dinglichen Arrestes gem. § 111 d StPO	1797
1. Bei beweglichen Gegenständen	1797
2. Bei Grundstücken	1798
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1798
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1798
XII. Absehen vom Wertersatzverfall im Strafverfahren	1798
1. Folgen des gerichtlichen Wertersatzverfalls	1798
2. Die Rückgewinnungshilfe im Falle des Wertersatzes	1798

27. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen

(Dierlamm)

I. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	1801
1. Berufsauftrag des Strafverteidigers	1801
2. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien	1803
3. Die Sockelverteidigung	1805
4. Die Firmenvertretung	1807
II. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	1808
1. Vorbemerkung	1808
2. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	1809
3. Verteidigung bei Durchsuchung und Beschlagnahme	1818
4. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	1821

III. Verteidigung im Zwischenverfahren	1822
IV. Verteidigung im Hauptverfahren	1824
1. Vorbereitung der Hauptverhandlung	1824
2. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	1825

28. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen

(Wagner)

I. Einleitung	1830
II. Der Geschädigte	1831
1. Begriff	1831
2. Stellung	1832
III. Recht auf anwaltlichen Beistand	1833
IV. Private Ermittlungen des Geschädigten	1835
1. Inhalt	1835
2. Problematik	1835
3. Zulässigkeit	1835
4. Grenzen	1836
5. Verwertbarkeit	1836
6. Praktisches Vorgehen	1837
V. Die Strafanzeige	1839
1. Vorüberlegungen	1839
2. Inhalt	1839
3. Keine missbräuchliche Verwendung	1840
VI. Die Zeugenvernehmung des Geschädigten	1841
1. Anwesenheit des Rechtsanwalts gem. § 406 f Abs. 2 S. 1 StPO	1841
2. Weitere Befugnisse gem. § 406 f Abs. 2 S. 2 StPO	1843
3. Befugnisse gem. § 406 g Abs. 2 StPO	1843
VII. Teilnahme an Ermittlungshandlungen	1843
1. Durchsuchungsmaßnahmen	1843
2. Weitere Ermittlungen	1844
VIII. Recht auf Information	1845
1. Akteneinsicht	1845
2. Mitteilung des Verfahrensausgangs	1849
IX. Schadenswiedergutmachung	1850
1. Die Einstellung nach § 153 a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO	1851
2. Die Rückgewinnungshilfe	1851
3. Täter-Opfer-Ausgleich	1852
4. Das Adhäsionsverfahren	1853
5. Der Bewährungsbeschluss	1856
6. Möglichkeiten nach dem Urteil	1856
7. Sonstiges	1857

29. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten

(Tschannett)

I. Vorbemerkung	1859
II. Öffentliche Institutionen	1860
1. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	1860
2. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)	1865
3. Bundesamt für Finanzen – Informationszentrale für steuerliche Auslandsbeziehungen (IZA)	1867

Inhalt

4. Bundesamt für Güterverkehr (BAG)	1868
5. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)	1869
6. Bundeskartellamt	1870
7. Bundesanstalt für Arbeit (BfA)	1871
8. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	1872
9. Deutsches Patent- und Markenamt	1873
10. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden II, IZ-Steufa	1874
11. Zollkriminalamt (ZKA)	1874
12. Hauptzollamt Hamburg-Jonas	1876
13. Nachrichtendienste	1876
14. Landesgewerbeanstalten	1877
15. Industrie- und Handelskammern (IHK)	1877
III. Private Institutionen	1878
1. Telekommunikationsanbieter	1878
2. Organe der freiwilligen Selbsthilfe	1880
IV. Internationale Organisationen	1884
1. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	1884
2. Europäisches Polizeiamt (EUROPOL)	1885
3. Europäisches Justizielles Netz (EJN)	1886
4. Eurojust	1887
Sachverzeichnis	1889